

Neubauquartier vorm Aus? Gerichtsverfahren um "arisierte" Grundstücke

Veröffentlicht am 12.12.2024 von Christian Hönicke (im Tagesspiegel Pankow)

Die geplante Nachverdichtung der Wohnsiedlung an der Michelangelostraße in Prenzlauer Berg stockt weiter wegen ungeklärter Restitutionsfragen. „Ein Beschluss zur Aufstellung des Planverfahrens wurde vonseiten des Bezirksamtes bisher nicht gefasst, unter anderem aufgrund laufender Voruntersuchungen sowie Abstimmungen zum Verkehr und zu den Restitutionsfragen“, bestätigt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung auf Tagesspiegel-Anfrage.

An der Michelangelostraße im nördlichen Prenzlauer Berg sollen nach den Planungen des Bezirks Pankow mindestens 1200 neue Wohnungen entstehen. Dafür sollen Hunderte Parkplätze in der breiten Michelangelostraße und Freiflächen zwischen den DDR-Hochhäusern teilweise bebaut werden. Bereits 2014 wurde hierfür ein städtebaulicher Ideenwettbewerb durchgeführt. Die Fertigstellung ist in mehreren Etappen geplant, die letzte soll im Jahr 2035 beendet sein.

Doch dieses Ziel ist kaum noch zu halten, denn die Planung für das Projekt kommt seit 2021 nicht voran. Hintergrund sind [Rückübertragungsansprüche von in der Nazizeit enteigneten jüdischen Grundstücksbesitzern](#).

Zwischen 1933 und 1945 wurde das komplette jüdische Eigentum in Deutschland „arisiert“ – darunter auch Immobilien und Grundstücke. Sie wurden entweder auf staatliche Weisung enteignet oder mussten weit unter Verkehrswert verkauft werden.

Laut Pankows Bezirksamt sind davon „verschiedene Flächen beidseits der Michelangelostraße“ betroffen. Deswegen kann auch die geplante und dringend benötigte Gemeinschaftsschule nicht entstehen.

Die Entschädigungsverhandlungen mit den Vertretern der geschädigten Eigentümer laufen bereits seit mindestens drei Jahren, ohne dass ein Ergebnis erzielt werden konnte. Verantwortlich für den „Ankauf restitutionsbelasteter Flächen“ ist die Senatsverwaltung. Der Bezirk hatte vor geraumer Zeit erklärt, die Positionen lägen noch „weit auseinander“ und die Verhandlungen würden „relativ langsam“ vorangehen. **Auf Tagesspiegel-Nachfrage** teilte nun das Haus des Bausenators **Christian Gaebler** (SPD) mit, dass sich weiterhin keine Einigung abzeichnet. Inzwischen laufen demnach formal „gerichtsanhängige Restitutionsverfahren im Bereich der Michelangelostraße“. Man habe weiterhin „großes Interesse an einer einvernehmlichen Lösung (...), insbesondere auch im Hinblick auf [die dringend benötigte Schulbaumaßnahme](#)“.

„**Aufgrund dieser Dringlichkeit**“ führe die Senatsverwaltung aktuell Gespräche mit der Jüdischen Gemeinde. Man werde sich zu Details aber „nicht öffentlich äußern, solange die Gespräche noch laufen“.

Ein zentraler Punkt dieser Gespräche dürfte die Frage sein, ob der Anspruch auf Rückübertragung von Grundstücken erhoben wird – damit könnte das gesamte Neubauprojekt hinfällig werden. Alternativ wäre die Höhe von Entschädigungszahlungen durch die öffentliche Hand zu klären – hier dürfe es um viele Millionen Euro gehen. Zuletzt hatte die Senatsverwaltung erklärt, einen Einigungstermin „können wir aktuell aufgrund der komplexen Sachlage noch nicht abschätzen“.

Nun gibt die Verwaltung immerhin ein Ziel aus: Die Angelegenheit soll im kommenden Jahr geklärt werden. „Eine Konkretisierung des Projektablaufes sowie eine Klärung der Projektthemen (...) werden in 2025 angestrebt“, heißt es.